

# Sinneswandel kurz vor knapp

## Antrag auf einstweilige Anordnung zurückgezogen

**Tiefenbach.** Oliver Kasper (Neues Bürgerforum), Valerian Thielicke (SPD) und Alfred Wiesner (Bürgerinitiative „Pro Wirtshaus“) haben ihren Antrag auf einstweilige Anordnung beim Verwaltungsgericht Regensburg zurückgezogen. „Das Verfahren wurde gestern von den Antragstellern für erledigt erklärt“, teilte ein Gerichtssprecher am Freitag auf LZ-Anfrage mit.

Die Kläger waren davon ausgegangen, dass das vom Gemeinderat initiierte Ratsbegehren für einen Rathausneubau aus formellen und inhaltlichen Gründen unzulässig sein müsste. Mit einer Anfrage beim Landratsamt hatten sie bereits erreicht, dass die Gemeinde die Begründungen vom Stimmzettel nehmen musste und dort nur noch die Fragen zu den beiden Bürgerentscheiden abgedruckt sein werden. Mit der einstweiligen Anordnung beim Verwaltungsgericht wollten sie wissen, ob gegen das „Kopplungsverbot“ verstoßen wird.

Man habe das Wesentliche bereits erreicht, erklärt Kasper. Deshalb wolle man die Diskussion um den Rathausneubau nur noch politisch und nicht mehr gerichtlich führen. Man habe den Antrag deshalb zu-

rückgezogen. „Wir fechten diese Geschichte politisch aus“, ist der Vorsitzende des Neuen Bürgerforums zuversichtlich, viele Bürger von seiner Meinung, dass ein Rathausneubau überflüssig ist, überzeugen zu können. „Wir wollen, dass die Bürger schnellstmöglich entscheiden“, sagt Kasper. Deshalb habe man nun einen Strich drunter gezogen und erwarte den Abstimmungstermin am 13. April.

Bürgermeister Georg Strasser (CSU) sagt, er sei froh über die Entscheidung der Kläger. „Jetzt kriegen wir eine Entscheidung, jetzt hängen wir nicht mehr in der Luft.“ Die Gemeinde hat gestern damit begonnen, die Abstimmung vorzubereiten. Hätte sie die Entscheidung des Verwaltungsgerichts abwarten müssen, hätten die Abstimmungen aller Wahrscheinlichkeit nach auf zwei Termine verteilt werden müssen. Die Fristen zur Durchführung am 13. April wären nicht einzuhalten gewesen. Kasper und Strasser sind gespannt auf eine Entscheidung, die Strasser zufolge „schon lange notwendig ist.“ Der neue Gemeinderat erhalte durch die Bürgerentscheidung eine klare Maßgabe für sein weiteres Handeln. -gt-